

WIRTSCHAFTSKRISE

Weiter so? Mehr davon?

Kirchliches Sprechen in der Krise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Befassung mit den Grundsatzfragen unserer Wirtschaftsordnung neu auf die Tagesordnung gesetzt. Genauer gesagt: Sie hat die Zweifel daran, dass hier im Prinzip alles in Ordnung ist, nachdrücklich bestätigt. Sie hat, nach zahlreichen Anfragen und Anklagen, die in den letzten Jahren an die Weltwirtschaft und ihre Hüter gerichtet wurden, unübersehbar gemacht, dass die universelle Ausbreitung der Marktwirtschaft die Menschheit an den Rand des Abgrunds zu bringen vermag. Im Angesicht des drohenden Kollapses müsse man unverzüglich handeln, hieß es allgemein, analysieren könne man später. Die Politik jedenfalls wollte nicht warten und reagierte als Feuerwehr – auch in unkonventioneller Weise, mit Maßnahmen, wie sie früher kaum Linksparteien zu fordern wagten. Sie reklamierte die staatliche Zuständigkeit, rettete Banken, leitete Konjunkturförderung in die Wege, kurzum: stabilisierte den »Blutkreislauf« unseres Wirtschaftslebens, die Geldzirkulation.

Besinnung und Reflexion

Wie die Sache weitergeht, ist ungewiss. In Deutschland wird, nachdem das Superwahljahr nun zu Ende ist, die Politik in Folge des selbst auferlegten Handlungswangs wohl eine Stunde der Wahrheit einläuten. Und es wird sich zeigen, was die finanzpolitischen Rettungsaktionen – die den wirtschaftlichen Flächenbrand mit demselben Mittel bekämpften, das ihn auslöste, nämlich mit einer gigantischen Geldzufluss – für das wirtschaftliche Leben erbracht haben. Man darf hoffen, dass dies auch eine Stunde der Analyse und Reflexion wird und zu einer breiten

Diskussion führt. Die Erwachsenenbildung wird auf jeden Fall einen Beitrag zu leisten haben (vgl. den Kommentar »Ökonomische Bildung« in EB 4/08) – und sie hat ja kirchlicherseits einiges an Ermunterung erfahren. Speziell die katholische Soziallehre hat sich in der deutschen Diskussion prononciert zu Wort gemeldet, Erzbischof Marx kam mit seinem »Kapital« genau zum richtigen Zeitpunkt auf den Markt (vgl. die Vorstellung in EB 1/09).

Die Forderung nach einer ethischen Besinnung findet angesichts der allseits festgestellten Profitgier breite Zustimmung, hier rennen die kirchlichen Ermahnungen offene Türen ein. Gefragt ist jetzt aber eine deutlichere Bestimmung dessen, was im Wirtschaftsleben im Argen liegt. Reinhard Marx, Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), formulierte im Frühjahr 2009 Eckpunkte einer kirchlichen Positionierung, nachdem sich die Vollversammlung der deutschen Bischöfe mit einem Studienteil der »Frage nach dem kirchlichen Sprechen in der Krise« gestellt hatte. Im Sommer 2009 veröffentlichte auch der Rat der EKD seine Schrift »Wie ein Riss in einer hohen Mauer« über die globale Finanz- und Wirtschaftskrise; darin fordert die evangelische Kirche eine ethische Neuorientierung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft (s.u.). Mit dem öffentlichen Interesse wird ein altes Thema der katholischen Soziallehre wieder virulent: das Verhältnis von Gesinnungs- und Strukturreform. Marx hatte Ende 2008 im Spiegel-Interview (44/08) betont, dass man wohl »auch Strukturen verändern« müsse. Zum Erscheinen der Sozialencyklica von Benedikt XVI. erklärte er im FAZ-Interview (10.7.2009), dass es dem

Erwachsenen-BAföG

Ein steuerfinanziertes Erwachsenen-BAföG sowie die Einhaltung des Ausbildungspaktes hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Sommer 2009 als Konsequenz aus seiner neuesten Studie gefordert. Diese hatte ergeben, dass in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders jüngere und ältere Menschen von steigender Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Studie analysiert die Entwicklung der ersten fünf Monate des Jahres 2009 anhand von Daten der Bundesagentur für Arbeit. Demnach werden die Älteren häufig wegen angeblich geringerer Leistungsfähigkeit entlassen und die Jüngeren schaffen nur schwer den Einstieg ins Arbeitsleben. »Jetzt müssen Unternehmen alles tun, um die Ausbildungslücke zu schließen und wenigstens den Versprechungen aus dem Ausbildungspakt nachzukommen«, forderte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Zudem braucht es ein steuerfinanziertes Erwachsenen-BAföG, um das Motto »lebenslanges Lernen« konkret umzusetzen und auch Erwachsene zu ermöglichen, Schul- und Berufsabschlüsse nachzuholen.

Neu: eMagister

Eine der Aufgaben der zum Deutschen Bildungsserver gehörenden Kurssuchmaschine InfoWeb Weiterbildung (IWWB) ist die fortlaufende Einbindung von Datenbanken mit Weiterbildungsangeboten, um eine möglichst umfassende Kursuche zu ermöglichen. Mit der zum Sommer 2009 aktuell integrierten Datenbank emagister.de stehen weitere 55.000 Kursangebote zur Recherche zur Verfügung. Die Kurse von emagister.de und die Kurse aus 66 weiteren Datenbanken sind aktuell beim InfoWeb Weiterbildung (IWWB) recherchierbar. Netzadresse: www.iwwb.de.

Papst »um eine neue Zuordnung von Staat, Markt und Gesellschaft unter den neuen Bedingungen einer umfassenden Globalisierung« gehe. »Dass eine Erklärung der Finanzkrise durch individuelles Fehlverhalten fehlerhaft und unzulässig« ist, machte z.B. der katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach in seinem Plädoyer »Für eine Wirtschaftsdemokratie ohne Finanzkapitalismus« (Blätter für deutsche und internationale Politik 5/09) in pointierter Weise deutlich.

Hengsbach verwies auch auf die gezielte Desinformationsleistung, die mit der Reduktion auf eine persönliche Geissungs- und Haltungsfrage verbunden ist. Die moralische Empörung der Bevölkerung werde »durch Schimpfkanonaden der Politiker aufgewühlt«, mit der Folge, dass die eigentlichen Ursachen des Desasters aus dem Blick gerieten. Der Personalisierung des Problems assistiere eine auf reißerische Berichterstattung eingestellte Öffentlichkeit, wobei Hengsbach als »Gipfel verharmloser Individualisierung« die Spiegel-Titelstory (11/09) über den Zweikampf des US-Finanzministers mit dem Chairman von Lehman Brothers anführte. Weitere Beispiele lassen sich in den populären Enthüllungsberichten, Anklageschriften, Schmähungen unfähiger »Bankster« etc. finden (vgl. die Buchvorstellung in EB 2/09). Es wäre in der Tat, auch wenn die juristische Klärung einzelner Fälle nötig ist, ein fragwürdiger Schluss, das Problem auf einzelne Bankvorstände oder Anlageberater zu verschieben und den wirtschaftspolitischen Kurs der letzten Jahrzehnte freizusprechen.

Marktwirtschaft ahoi?

Man muss die Lage beim Namen nennen: Eine Milliarde Menschen hungert in der globalen Marktwirtschaft; jedes Jahr sterben mehrere Millionen Kinder an Unterernährung, heilbaren Krankheiten, schlechtem Trinkwasser – solche Hungersnöte werden sonst in Schwarzbüchern aufgeschrieben und den betreffenden Regimen angelastet. Zur Halbzeit der Millenniumsziele wird klar, dass das »ehrgeizige« Ziel der

Halbierung der extremen Armut (es würden nur noch 500 Millionen hungrig!) wohl nicht erreichbar ist – weil der politische Willen fehlt und nicht die Ressourcen. Zur gleichen Zeit werden sich die UN über die Bedrohung durch die Klimakatastrophe klar: Die globalisierte Marktwirtschaft erweist sich als zukunftsunfähig, »der Klimawandel« dokumentiert »das größte Versagen des Marktes, das die Welt je gesehen hat«, wie der ehemalige Weltbank-Ökonom Nicholas Stern 2006 in seinem berühmten Bericht für die UN schrieb, der zu dem neuen weltpolitischen Konsens in Sachen Klima führte (vgl. EB 1/09).

Angesichts einer solchen Situation auf den Markt als Allheilmittel zu setzen und ein »Weiter so« zu fordern kann, wie etwa Bischof Wolfgang Huber bei der Präsentation der EKD-Schrift betonte, nicht das Gebot der Stunde sein. Und Reinhard Marx hat in seinem Aufsatz über »die soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« (Politische Meinung, Juni 2009) daran erinnert, dass es in der katholischen Soziallehre eine Tradition der Kapitalismuskritik gibt, die dem Markt mit seinem Prinzip des freien Wettbewerbs »eher ablehnend« gegenübersteht. Als wichtiges Dokument wäre hier die Enzyklika »Quadragesimo anno« (1931) von Pius XI. zu nennen. Doch ist leider von dieser Traditionslinie heute wenig zu spüren. Bei Marx hat man z.B. den Eindruck, dass er die Überwindung dieser Traditionslinie für einen Fortschritt hält, und sein Lob der Marktwirtschaft im genannten Aufsatz weist ebenfalls in diese Richtung.

Effizienz und Gerechtigkeit sind laut Marx die beiden Momente, durch die sich die Marktwirtschaft auszeichnet. Das ist ein erstaunliches Lob. Nicht nur, dass die Finanzkrise die merkwürdige Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftssystems offenbart hat, sich bis zur Selbstzerstörung vorzuarbeiten – der Wirtschaftswissenschaftler und »Wirtschaftsweise« Peter Bofinger hat letzt den Destruktionskräften des Marktes ein ganzes Buch gewidmet (»Ist der Markt noch zu retten?«, 2009).

Hinzu kommt, dass auch in den konjunkturrellen Phasen des Aufschwungs, die regelmäßig in einem Abschwung enden, die Effizienz darin besteht, ein Wirtschaftswachstum zustande zu bringen, das in erfolgreicher Kapitalvermehrung besteht und nicht in der Versorgung der Bevölkerung. Davon legt die Überprüfung des anderen Kriteriums, der sozialen Gerechtigkeit, Zeugnis ab. Wie etwa die seit zehn Jahren in Deutschland stattfindende Armuts- und Reichtumsberichterstattung belegt, öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr, zeigt sich also wachsende Ungerechtigkeit. Bischof Marx hat in seinem »Kapital« dazu eine erschreckende Bilanz vorgelegt.

Kompliziert wird die Diagnose dadurch, dass im Blick auf Deutschland, so auch im Aufsatz von Marx, immer wieder von der sozialen Marktwirtschaft die Rede ist; Marx sieht sie »vom Leitbild eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus« geprägt. Diese Redeweise, die der Papst in seiner neuen Sozialencyklika übrigens nicht verwendet (und die auch von seinem Vorgänger verworfen wurde), hat etwas Verschleierndes an sich. Rund 50 Jahre lang hieß es in der Bundesrepublik, dass der Kapitalismus überwunden sei – und das K-Wort war auch aus der politischen und wissenschaftlichen Debatte verbannt. Nach dem Ende des realen Sozialismus kam es wieder in Umlauf und mit der neuesten Krisenlage zeigt sich allenthalben, dass es der Wirtschaftsordnung in Deutschland angemessen ist: Diese ist eben kein Drittes, sondern integraler Bestandteil des Weltkapitalismus, sie kann sich seiner Krisendynamik nicht entziehen, sie hat teil an seinen weltweiten Verelendungsprozessen und setzt unvermindert die »soziale Frage« auf die Tagesordnung – also die Herausforderung, die im 19. Jahrhundert zur Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung wie der katholischen Sozialbewegung führte.

Wenn Bischof Marx die soziale Marktwirtschaft als Lösung betrachtet und daran erinnert, dass deren Gründungsväter vom christlichen Menschenbild

ausgegangen sind, dann muss man das Debakel dieses Programms zur Kenntnis nehmen: Entweder ist es ein Projekt, das noch gar nicht in Gang gekommen ist und das als wirkliche Alternative erst noch zu bestimmen wäre, oder es war eben nicht mehr als der fromme Wunsch, dass der in Deutschland nach 1945 wieder installierte Kapitalismus dank diverser sozialstaatlicher Maßnahmen (die ja nicht erst von Adenauer erfunden wurden) mit seinen Widersprüchen versöhnt sei. Das bei Christlich-Sozialen wie Heiner Geißler oder Norbert Blüm anklingende Argument, soziale Marktwirtschaft sei während ihrer Amtszeit verwirklicht gewesen und erst nachher durch »neoliberal« Politiker ruiniert worden, klärt hier nichts. Denn auch dann bleibt es dabei, dass diese Form der Marktwirtschaft keine wirkliche Substanz hat, umstandslos in den Sog der weltwirtschaftlichen Dynamik hineingerissen wird und schlussendlich wie alle anderen Nationalökonomien bei der schwersten Krise landet, die die Welt seit 1929 gesehen hat. Soziale Marktwirtschaft ist nicht viel mehr als eine Illusion, könnte man belehrt durch den Verlauf von 60 Jahren Wirtschaftsgeschichte resümieren.

Dass Politiker wie Merkel oder Steinbrück die soziale Marktwirtschaft als Ausweg aus der Krise propagieren, mag man als Notwendigkeit des politischen Betriebs interpretieren, in schweren Zeiten Optimismus zu verbreiten; denn die seltsame Welt des Finanzkapitalismus könnte ja, wie man jetzt erfährt, schon allein durch pessimistische Prognosen und Vertrauensverlust in den Absturz getrieben werden. Man sollte aber nicht vergessen, dass solche auf G 20- und anderen Gipfeln gemachten Ansagen zur Überlegenheit des deutschen Wirtschaftsmodells auch eine Anmaßung darstellen: Soll die Welt wieder einmal am deutschen Wesen genesen? Außerdem gibt es zum Anspruch auf eine solche spezielle Problemlösungskompetenz in der deutschen Situation, siehe oben, gar keinen Grund. Aber vielleicht wird das internationale Krisenmanagement ja gar nicht durch Sachkompetenz

bestimmt, sondern ist schlicht eine Machtfrage?

Diskussionsangebot

Was Marx als Ergebnis der Frühjahrs-Vollversammlung formuliert hat, ist wichtig als Anregung und Anstoß für einen Diskussionsprozess, der nicht mit einem fertigen Modell beginnt, sondern Selbstvergewisserung mit Klärungsangeboten verbindet. Sieben Eckpunkte werden in dem DBK-Papier genannt. Erstens heißt es: »Im Mittelpunkt steht immer der Mensch.« Es kann also nicht um einen Wachstums- oder Stabilitätsfetischismus gehen, vorrangig ist vielmehr die Option für die Armen, die Parteilichkeit für die Opfer. Zweitens wird die Notwendigkeit der Ursachenforschung betont. Klar sei so viel: »Es gibt eine Krise im System.« Aber ein Systemwechsel sei nicht gewollt, sondern eine »Erneuerung im Sinne einer Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft«. Diese ist also so gut wie tot und muss erst wieder neu belebt werden...

Drittens werden – bei aller Zurückhaltung im Blick auf ein fertiges Reformprogramm – durchaus Vorschläge zur Reform der internationalen Finanz-

märkte gemacht (Bankenregulierung, realistische Renditeziele, maßvolle Managergehälter, an Geldstabilität orientierte Geldpolitik). Viertens sei das Verhältnis von Staat und Markt zu überdenken und neu zu justieren. Fünftens fällt zum wiederholten Male ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, die auch auf internationaler Ebene wegweisend sein soll. Sechstens wird eine Wirtschaftspolitik angemahnt, die den Welthandel im Blick hat und den Standpunkt nationaler Krisenrettungsprogramme überwindet. Siebtens wird bereits über das Krisenmanagement hinaus gedacht: Die enorme Staatsverschuldung müsse wieder abgebaut, gleichzeitig aber der Blick auf die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Ernährungssicherheit, Armutsbekämpfung, Klimawandel) gerichtet werden.

In die Eckpunkte mag die eine oder andere wirtschaftspolitische Festlegung, die selbst noch zu diskutieren wäre, eingeflossen sein, insgesamt wird hier aber das Bewusstsein deutlich, dass man »Partner im Dialog« sein muss und sein will, um die notwendigen Veränderungen des wirtschaftlichen Ordnungsrahmens auf den Weg zu bringen.

Johannes Schillo

EKD: Wirtschaft muss Vertrauen erneuern

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, hat an die Arbeitgeber appelliert, das Vertrauen in die Wirtschaft zu erneuern. Huber erklärte im Sommer 2009, die Akteure selbst müssten sich bemühen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Dies müsse neben der Bewältigung der Finanzkrise und deren Folgen für die Unternehmen höchste Priorität haben. Wenn in Umfragen nur noch jeder zehnte Bürger angebe, er könne der Wirtschaft und dem Markt vertrauen, sei dies ein »Alarmzeichen«. Vertrauen sei schwerer aufzubauen als neues Kapital. Unternehmer und Manager als Personen des öffentlichen Lebens müssten Tugenden vorleben. Huber verwies auch auf die Stellungnahme der EKD »Wie ein Riss in einer hohen Mauer« zur Wirtschafts- und Finanzkrise (EKD-Texte, Nr. 100, Bezug: www.ekd.de). Darin fordert die evangelische Kirche eine ethische Neuorientierung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Mit Blick auf die neue Sozialencyklica von Papst Benedikt XVI. sagte Huber, er sei nicht der Auffassung, dass eine einzige Instanz eine Art Weltethos repräsentieren könne. Vielmehr müsse man die Pluralität der Werte und Religionen ernst nehmen, das Gemeinsame erkennen und den Konsens in ethischen Fragen zu stärken versuchen. Christen könnten »das Ihre selbstbewusst, aber nicht mit einem Alleinvertretungsanspruch einbringen«, resümierte Huber.

POSITION

Dr. Hubert Wissing



Referent für Gesellschaftspolitik
beim Kolpingwerk Deutschland

Solidarisch und gerecht

Die Sockelrente als sozialethisch motivierte Herausforderung für Sozialpolitik und politische Erwachsenenbildung

Die Rente ist wieder im Gespräch. Nach einschneidenden Reformen in den letzten zehn Jahren werden mehr und mehr Stimmen laut, dass nicht allein der demografischen Entwicklung begegnet werden müsse, sondern auch dem künftig wieder steigenden Altersarmutsrisiko. Die Wohltaten für die aktuelle Rentnergeneration im Wahljahr sind sicherlich nicht dazu angetan, diesen beiden langfristigen Herausforderungen gerecht zu werden. Aber in der rentenpolitischen Diskussion wird auch über den Tag hinaus gedacht, um die Rentenversicherung dauerhaft tragfähig auszustalten. Dabei sticht der Vorschlag von fünf katholischen Verbänden, darunter das Kolpingwerk Deutschland, hervor, der durch eine dezidiert sozialethische Motivation gekennzeichnet ist.

Solidarität und Gerechtigkeit

Unter der Überschrift »Solidarisch und gerecht« präsentieren die Verbände ein Sockelrentenmodell als sozialpolitische Reformoption und berufen sich auf die sozialethischen

Prinzipien Solidarität und Gerechtigkeit.

Solidarität heißt dabei, dass mehr als im geltenden Recht die starken Schultern für die Schwächeren einstehen, dass es also eine Umverteilung von über- zu unterdurchschnittlichen Rentenanwartschaften geben sollte. Noch stärker ist allerdings der Impuls, dass jedes Mitglied der Versichertengemeinschaft solidarisch Verantwortung für sich und andere übernehmen und dazu in die Lage versetzt werden muss.

Es muss sich also auch für die Geringverdiener lohnen, den Generationenvertrag einzuhalten und zur Alterssicherung beizutragen. Wer einzahlt, muss daher im Alter über dem Grundsicherungsniveau liegen. Damit kommt auch der Aspekt der Gerechtigkeit ins Spiel. Gerade für die Bezieher unterdurchschnittlicher Erwerbseinkommen droht der rentenpolitische Grundsatz der Äquivalenz (Leistungs- und Beitragsgerechtigkeit) in kommenden Jahren mehr und mehr obsolet zu werden, da sich ihre Rentenanwartschaften nach den Anpassungen der Rentenformel unter der rotgrünen Bundesregierung in vielen Fällen nicht mehr signifikant von der Grundsicherungsschwelle abheben werden. Gerechtigkeit spielt weiterhin auch hinsichtlich der Anerkennung der spezifischen Lebensleistung von Frauen und Männern eine Rolle, u.a. bei der Berücksichtigung der Kindererziehung und der Pflege in der Rente. All diese sozialethisch problematischen Punkte der derzeitigen Rentenpolitik werden im Modell der katholischen Verbände aufgegriffen. Zentrales Element ist eine von der Erwerbsbiografie unabhängige Sockelrente, die für alle Einwohner/innen ein Mindestniveau absichern soll und damit zugleich armutsvermeidend wirkt und Anreize für den Erwerb zusätzlicher Rentenanwartschaften setzt.

Mit ihrem Modell haben die katholischen Verbände inzwischen eini-

ge rentenpolitische Aufmerksamkeit erfahren, was u.a. einem Gutachten des Münchener ifo Instituts für Wirtschaftsforschung zu verdanken ist, das dem Modell die Finanzierbarkeit und die Verfassungskonformität attestiert. Das Sockelrentenmodell bietet den Verbänden als sozialkatholischen Akteuren aber nicht nur die Chance, sozialethische Prinzipien politisch zu kommunizieren. Ebenso groß ist die Chance und Herausforderung, diesen Zusammenhang von Sozialethik und Sozialpolitik auch im eigenen Umfeld präsent zu machen.

Christliche Werte ernst nehmen

Hier könnte die Stunde der politischen Erwachsenenbildung schlagen. Zahlreiche Bildungsangebote zu diesem Thema innerhalb des Kolpingwerkes wie auch bei den anderen beteiligten Verbänden leisten hier bereits einen Beitrag zur sozialethischen und -politischen Profilierung nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Die rentenpolitische Reformalternative mit sozialkatholischer Handschrift verdient auch über die Grenzen der beteiligten Organisationen hinaus Gehör zu finden. Es gilt mit diesem Profil auch in die so genannte Amtskirche auszustrahlen und über die solidarische und gerechte Rente in Pfarrgemeinden, Räten und Akademien sowie auch konfessionsübergreifend ins Gespräch zu kommen. Denn es ist an der Zeit, christliche Werte von der Politik nicht nur in Sonntagsreden aller Art global einzufordern, sondern sie auch konkret politisch auszubuchstabieren und so zu verdeutlichen, dass es den Christen mit ihren Werten sehr ernst ist und sie politisch ernst zu nehmen sind.

Weitere Informationen und Materialien für die Bildungsarbeit unter www.buendnis-sockelrente.de

MIGRANTENBILDUNG

Bericht zur Integration

Staatsministerin Maria Böhmer stellte zum Sommer 2009 den »Ersten Integrations-Indikatorenbericht« vor. »Der Indikatorenbericht bestätigt den Kurs der Bundesregierung in der Integrationspolitik. Wir haben seit 2005 die richtigen Schritte eingeleitet. Die Maßnahmen des Nationalen Integrationsplans zeigen erste Erfolge. Unser Ziel haben wir jedoch noch lange nicht erreicht«, erklärte Böhmer zu dem Bericht, den das Bundeskabinett zustimmend zur Kenntnis nahm. Der Indikatorenbericht untersucht Stand und Verlauf der Integration in Deutschland von 2005 bis 2007. Er wurde unter Leitung wissenschaftlicher Experten erstellt, wobei er an ein Set von 100 Integrationsindikatoren anknüpft, das das Bundeskabinett 2008 verabschiedet hatte. Das Indikatorenset beinhaltet 14 Themenfelder, u.a. die Bereiche Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, soziale Integration und Einkommen, Wohnen, Gesundheit, Mediennutzung und Kriminalität. Laut Indikatorenbericht konnten vor allem im Bildungsbereich Fortschritte erzielt werden. So sank die Zahl ausländischer Schulabbrecher von 17,5 % im Jahr 2005 auf 16,0 % 2007. Bei den in Deutschland geborenen Kindern aus Zuwandererfamilien liegt der Anteil 2007 mit 2,2 % bereits unter dem Niveau für die Gesamtbevölkerung (2,3 %). »Diese Zahlen machen Mut und belegen: Bildungsfortschritte sind möglich. Zugleich dürfen wir bei unseren Bemühungen nicht nachlassen. Bildung ist der Schlüssel für Integration und zugleich das Schutzschild gegen Arbeitslosigkeit. Deshalb ist es wichtig, dass die Länder ihre im Nationalen Integrationsplan gemachten Zusagen einhalten und insbesondere Schulen mit einem Migrantenanteil speziell fördern«, erklärte die Integrationsbeauftragte. Wichtig für einen Bildungserfolg der Migranten sei die Beherrschung und die Anwendung

der deutschen Sprache, insbesondere auch im Elternhaus, weshalb die große Resonanz auf die Integrationskurse des Bundes umso erfreulicher sei, erklärte Böhmer. Mehr als eine halbe Million Menschen hätten sich seit 2005 entschieden, in den Kursen Deutsch zu lernen. Laut Indikatorenbericht haben mehr als zwei Drittel der Prüfungsteilnehmer den Sprachkurs erfolgreich bestanden. »Über diesen großen Erfolg freue ich mich sehr. Denn er zeigt: Immer mehr Migranten erkennen, wie wichtig es ist, die deutsche Sprache zu beherrschen. Ohne Sprachkenntnisse ist man nur

Zaungast in unserem Land«, so die Ministerin.

Fortschritte gibt es laut Bericht auch in anderen Themenfeldern wie Bürgerschaftliches Engagement und Wohnen. Migranten, die in Deutschland geboren wurden, sind demnach fast genauso häufig ehrenamtlich tätig wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Noch keine Erfolge konnten bisher auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gemacht werden. Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben es nach wie vor deutlich schwerer als gleichaltrige Einheimische, einen Ausbildungsplatz zu finden. Chancen und Defizite der Integrationspolitik spielten auch im Wahlkampf 2009 eine Rolle. So forderte das Deutsch-Türkische Forum in der nordrhein-westfälischen CDU einen Bundesintegrationsminister.

60 Millionen für die Weiterbildung

Die besten Konzepte deutscher Kommunen für innovative regionale Bildungsangebote im Rahmen des Projektes »Lernen vor Ort« wurden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ausgezeichnet. »Mit dem 60 Millionen Euro umfassenden Programm stärken wir in einer einmaligen Partnerschaft aus Bund, Kommunen und Stiftungen den Standortfaktor Bildung«, sagte die Staatssekretärin im BMBF, Cornelia Quennet-Thielen, in Berlin.

Bei den nun ausgewählten Kommunen sind Großstädte ebenso vertreten wie kleine und mittlere Kommunen in Ballungszentren und in ländlichen Regionen. Zur Umsetzung ihrer Ziele richten viele Kommunen Bildungsbüros ein. Hier werden erstmals die auf verschiedene Ämter und Dezernate verteilten Bildungszuständigkeiten koordiniert. Die Bürgerinnen und Bürger können sich bei dieser zentralen Anlaufstelle über die (Weiter-)Bildungsangebote ihrer Kommunen informieren und sich beraten lassen.

An einer ersten Auswahlrunde im Februar dieses Jahres hatten sich über 200 Kreise und kreisfreie Städte beteiligt. 57 Standorte wurden daraufhin zur Antragstellung aufgefordert. Eine Jury hat aus dieser Gruppe nun 40 Konzepte ausgewählt, die ab September 2009 an den Start gehen sollen. Bei den ausgewählten Kommunen handelt es sich um 17 Kreise und 23 Städte aus 15 Bundesländern.

»Lernen vor Ort« ist ein zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung, die unter dem Motto »Aufstieg durch Bildung« Bildungsangebote innovationsbereiter Kommunen zunächst drei Jahre lang fördert. Besonders erfolgreiche und transferfähige Vorhaben können um weitere zwei Jahre verlängert werden. Hierfür stellen das BMBF und der Europäische Sozialfonds 60 Millionen Euro zur Verfügung. Ein aus 29 Stiftungen bestehender und eigens gegründeter Stiftungsverbund, dem über 80 weitere Stiftungen assoziiert sind, unterstützt die Kommunen durch Patenschaften. Jeder ausgewählte Standort kann von einer Stiftung in einer »lokalen Grundpatenschaft« unterstützt werden. Neben der Grundpatenschaft können die Stiftungen auch »Themenpatenschaften« zu einzelnen Schwerpunkten der kommunalen Projekte übernehmen.

VERBUNDSTATISTIK

DIE: aktuelle Daten zur allgemeinen Weiterbildung

Zum sechsten Mal veröffentlicht das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE), Bonn, die »Weiterbildungsstatistik im Verbund«, in der Daten aus fünf großen Organisationen allgemeiner und politischer Weiterbildung zusammengefasst sind. Das kommentierte Tabellenwerk enthält umfassende Informationen zu Rechtsformen, Personal, Finanzierung und Veranstaltungsprofilen der beteiligten Weiterbildungsorganisationen und steht kostenlos im Internet zur Verfügung.

Am »Verbund Weiterbildungsstatistik« sind der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) beteiligt. Hinzu kommt als assoziierter Partner der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV). Von ca. 1.960 Einzeleinrichtungen dieser Dachverbände lagen Daten für das Jahr 2007 vor, die vom DIE ausgewertet wurden. Die Verbundstatistik deckt etwa ein Fünftel der Einrichtungen der organisierten Weiterbildung in Deutschland ab und leistet einen wichtigen Beitrag zur Transparenz über einen bedeutenden Teilbereich der Weiterbildungslandschaft.

Wichtige Ergebnisse aus der Verbundstatistik 2007 (auf die Grundgesamtheit von ca. 2.286 Einrichtungen hochgerechnet):

- Im Verbund wurden rund 1,1 Millionen Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt.
- Das Zeitvolumen der durchgeföhrten Veranstaltungen betrug insgesamt 22 Millionen Unterrichtsstunden.

- 2007 wurden 19 Millionen Teilnahmen an Veranstaltungen der beteiligten Organisation gezählt.
- Die eingesetzte Personalkapazität umfasste bei den hauptberuflichen Mitarbeitenden 14.000 Stellen. Darüber hinaus waren bei den Einrichtungen 264.000 Menschen ehrenamtlich, neben- oder freiberuflich tätig.

– Die Teilnehmenden trugen über Entgelte und Gebühren 36 % der für die Weiterbildung eingesetzten finanziellen Mittel. 26 % wurden von den Trägern der Einrichtungen aufgebracht (inkl. kommunale Träger bei Volkshochschulen), 28 % stammten aus verschiedenen öffentlichen Haushalten. Die Einrichtungen warben 10 % sonstige Mittel ein. Das gesamte Finanzvolumen lag bei 1,4 Milliarden Euro.

Neben der Auswertung und Veröffentlichung der Daten bietet das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung auch individuell zugeschnittene statistische Auswertungen für die Verbundpartner sowie für Wissenschaft, Politik und Praxis.

Studie zu Familienzentren erschienen

Während des Fachkongresses »Familienzentren in Nordrhein-Westfalen – Eine Zwischenbilanz im Dialog mit den Nachbarn« in Aachen stellte das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes Familienzentren (s. EB 4/2008) vor.

Für die Studie wurden unter anderem Jugendämter, die Kooperationspartner Familienbildung und Familienberatung sowie Eltern befragt. Alle Befragten stellen den Familienzentren gute Zeugnisse aus. Eltern wünschen sich von den Familienzentren vor allem die Förderung der Bildungschancen ihrer Kinder, konkrete Hilfestellungen bei der Erziehung und gut ausgebauten Betreuungsangebote, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Die wissenschaftliche Begleitung wurde von der Pädagogische Qualitäts-Informations-Systeme gGmbH (PädQUIS) unter der Leitung von Professor Dr. Wolfgang Tietze durchgeführt.

Einen wesentlichen Teil der Familienbildungarbeit gewährleisten in den

Familienzentren die Einrichtungen der Familienbildung. In der Broschüre »Familienzentren in Nordrhein-Westfalen – Neue Zukunftsperspektiven für Kinder und Eltern – Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung im Überblick« wird der Beitrag der Familienbildungsstätten und sonstiger Einrichtungen der Familienbildung positiv bewertet. Allerdings verweisen die wissenschaftlichen Ergebnisse auch auf politischen Handlungsbedarf bezüglich der zur Verfügung zu stellenden Ressourcen: »Mit Blick auf die Zukunft wird eindringlich darauf hingewiesen, dass bei einer wachsenden Anzahl von Familienzentren und der gewünschten Intensität und bedarfsgerechten Abstimmung der Zusammenarbeit ohne weitere finanzielle und Personalressourcen ein Qualitätsverlust bei den Bildungsangeboten befürchten ist.«

In Nordrhein-Westfalen wurden bereits rund 1.500 Familienzentren verwirklicht. Bis zum Jahr 2012 sollen sich insgesamt 3.000 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickeln.

KBE-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Dr. Bertram Blum bestätigt



Nach der Vorstandswahl in München: Bundesgeschäftsführer Markus Tolksdorf, Vorsitzender Dr. Bertram Blum, und die Vorstandsmitglieder Elisabeth Vanderheiden (stellv. Vorsitzende), Dr. Hartmut Heidenreich, Franz-Josef Volmert, Domkapitular Dr. Helmut Gabel, Dr. Alois Becker (stellv. Vorsitzender) und Prof. Dr. Ralph Bergold

Auf der Mitgliederversammlung der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) im Kardinal-Wendel-Haus der Katholischen Akademie in Bayern vom 15. bis 17. Juni 2009 wurde Dr. Bertram Blum (Eichstätt) für weitere drei Jahre als Bundesvorsitzender bestätigt. Weiterhin wurden gewählt: die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Alois Becker (Hamminkeln) und Elisabeth Vanderheiden (Mainz) sowie vier weitere Vorstandsmitglieder: Prof. Dr. Ralph Bergold (Bad Honnef), Domkapitular Dr. Helmut Gabel (Würzburg), Dr. Hartmut Heidenreich (Mainz) und Franz-Josef Volmert (Paderborn).

Die Mitgliederversammlung verabschiedete während ihrer Konferenz ferner Korrekturen an der Satzung, die der effizienteren und noch profilierten inhaltlichen Arbeitsweise und verbindlicheren Kommunikation dienen.

Inhaltlicher Schwerpunkt war die Vorstellung des Grundlagenpapiers der KBE zur Intergenerationellen Bildung »Leben. Miteinander. Lernen«, das von Professor Dr. Alois Baumgartner (München) und Professor Dr. Tilly Miller (München) als zukunftsweisende und mutige Positionierung gewürdigt wurde. Das Papier, das

die KBE-Kommission »Altenbildung« erstellt hat, wurde im Rahmen eines Gespräches auch dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Siegfried Schneider (CSU) zusammen mit dem Jahresbericht 2008 übergeben.

Positionierung innerhalb der Kirche

Ein wichtiges Thema für die KBE ist die Positionierung innerhalb der Kirche. Der Vorsitzende stellte in seinem Bericht zur vergangenen Amtsperiode klar, dass sich die katholische Erwachsenenbildung als Teil des kirchlichen Handelns sieht, aber mit eigenständigen Strukturen und sachgerechten Arbeitsweisen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf Gespräche der KBE mit dem Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz, in denen ein »grundsätzliches Wohlwollen« des Sekretariats gegenüber der KBE spürbar gewesen sei.

Die Kooperation mit anderen katholischen Verbänden innerhalb der Erwachsenenbildung ist ein weiteres und anhaltendes Thema für die KBE. Gefragt nach den zukünftigen Schwerpunkten seiner Arbeit sagte Blum im Anschluss an die Versammlung, dass

etwa das Thema Familie, das von der zuständigen Bundesarbeitsgemeinschaft vertreten wird, ein »ganz wesentliches Element unserer Bildungsarbeit als Gesamtleistung« sei. Hier soll vor allem die Kooperation mit der BAG verstärkt werden. Thematisch werde sich die KBE außerdem in seiner neuen Amtsperiode mit der Engagementförderung und dem interreligiösen Dialog beschäftigen. Im Bereich der intergenerationellen Bildung habe die KBE bundesweit eine führende Rolle, was auch in Zukunft ausgebaut werden solle. Weiterhin werde sich die KBE für die allgemeine Weiterbildung stark machen und sich besonders im Feld der wertorientierten Bildung positionieren. Hier wolle die KBE enger mit der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung DEAE kooperieren.

Nicht neu, aber deswegen nicht unwichtig sei für Blum die bildungspolitische Arbeit – vor allem um in der derzeitigen schwierigen Situation die finanzielle Basis der KBE zu sichern. Hier seien weitere Gespräche mit dem Verband Deutscher Diözesen (VDD) nötig, aber auch jedes einzelne Mitglied sei gefordert, seinen Teil beizutragen.



Das neue Grundlagenpapier zur intergenerationalen Bildung

JUBILÄUM

50 Jahre Akademie Klausenhof

»Ihre Aufgabe ist unersetztlich!« Zum 50-jährigen Jubiläum der Akademie Klausenhof brachte die NRW-Ministerin für Schule und Weiterbildung, Barbara Sommer, viele lobende und anerkennende Worte mit. Rund 200 Vertreter aus Politik, Bildung und Wirtschaft waren in die Akademie gekommen, um das Jubiläum des Hauses, das 1959 von Kardinal Frings eingeweiht wurde, zu feiern. Der Klausenhof nehme daher eine hohe Verantwortung wahr, die sich in seiner katholischen, werteorientierten Ausrichtung zeige: »Die Menschen wollen Werte, sie leben und weitertragen.« Damit bezog sie sich direkt auf Weihbischof Franz-Josef Overbeck (Münster), der betonte, dass Kirche einen Sozialauftrag für alle habe und so auch daran mitwirkt, dass Arbeit professionell werde. Diese Ausrichtung auf die Professionalität sei das Ethos der Arbeit, ein Ethos, der auch die Grundlagen des Glaubens darstellt. Der Klausenhof mit seiner Weiterbildung und katholischen Ausrichtung habe den Auftrag, dass »die Arbeit der Würde des Menschen zuträglich ist. Jede Bildungsarbeit will einen Beitrag leisten, der den Menschen dient und gleichzeitig auch Gott«.

Die Akademie Klausenhof wurde von der katholischen Landjugend als zentrale Bildungsstätte gegründet. Als ein freier Träger hat sich der Klausenhof in den 50 Jahren gut behaupten können. Problematisch sei derzeit, so der Bundesgeschäftsführer der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in einer Diskussionsrunde, Markus Tolksdorf, dass kontinuierliche Bildungsarbeit schwieriger werde, da die Regelförderung zugunsten einer Projektförderung derzeit reduziert werde.

Als größte Sorge für die Zukunft bezeichnete der Direktor der Akademie,

Dr. Alois Becker, dass das Internat – die Akademie Klausenhof verfügt über 600 Übernachtungsplätze – immer weniger Beachtung finde, obwohl diese intensive Form der Bildungsarbeit gerade bei schwierigen Gruppen sehr erfolgreich sei. Er bitte außerdem um mehr Unterstützung für die Kurse mit jungen Migranten, die mittlerweile nicht mehr ausreichend öffentlich gefördert werden, obwohl sie seit mehr als 30 Jahren anerkannte Arbeit leisten. Außerdem kritisierte er die überbordende Bürokratie und den Preisverfall vor allem bei einigen Lehrgängen der Arbeitsagentur. Seit seiner Gründung haben insgesamt 330.000 Teilnehmende die verschiedenen Kurse im Klausenhof besucht. Heute reicht das Spektrum der Bildungsarbeit von beruflicher Umschulung und Qualifikation über Schulabschlusskurse für junge Migranten, berufsvorbereitende Lehrgänge und außerbetriebliche Ausbildungen für Jugendliche und Sprachkurse für Menschen aus aller Welt bis hin zu kurzfristigen Schulungen und Seminaren (siehe dazu auch den Praxis-

bericht in diesem Heft).

Als größte katholische Bildungseinrichtung ist die Akademie Klausenhof seit vielen Jahren auch eng mit der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung verbunden. So ist der derzeitige Direktor Dr. Alois Becker stellvertretender Vorsitzender der KBE, die Geschäftsstelle der KBE arbeitet eng bei der Umsetzung von Projekten mit dem Klausenhof zusammen – wie derzeit beim EU-Projekt »European InfoNet Adult Education«. Außerdem ist die Akademie Klausenhof für die Redaktion der KBE-Zeitschrift »Erwachsenenbildung« zuständig.

so

KBE-Tagung »Wertvoll in die Zukunft«

Mit den Ergebnissen einer Studie zum ethischen Lernen in der Erwachsenenbildung innerhalb des KBE-Projekts »Ethisches Lernen in der allgemeinen Erwachsenenbildung« befasst sich eine Tagung am 8. Oktober 2009 im Franz-Hitze-Haus in Münster. Die Studie wurde von Gerhard Kruip und seinen Mitarbeitern am Lehrstuhl für Christliche Anthropologie und Sozialethik in Mainz zusammen mit über 60 Erwachsenenbildnern erstellt. Anmeldung und Information: www.kbe-bonn.de



NRW-Ministerin für Schule und Weiterbildung Barbara Sommer und Klausenhofdirektor Dr. Alois Becker

KATHOLISCHE SOZIALLEHRE

eKath – Solidarität und Gerechtigkeit

Erfolgreich gestartet ist das Projekt »eKath« des Heinrich Pesch Hauses in Ludwigshafen. Gemeinsam mit dem Institut für Gesellschaftspolitik der Hochschule für Philosophie, Philosophische Fakultät S. J. in München wurde ein internetbasiertes Informations- und Kommunikationsangebot zu aktuellen Herausforderungen katholischer Soziallehre für den Einsatz in Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung und Fortbildung bereitgestellt.

Expertenchat und Forum

»Da die katholische Soziallehre aus den Lehrbüchern vollständig verschwunden ist, möchten wir nun mit dem vom Heinrich Pesch Haus angebotenen Projekt die Gelegenheit nutzen, diese wichtige Verbindung zur katholischen Soziallehre herzustellen«, beschreibt ein Lehrer seine Motivation zur Teilnahme an diesem bundesweiten Projekt. Neben Expertenchats, von Wissenschaftlern moderierten Internetforen und einem Fotowettbewerb, bietet die Plattform nicht zuletzt die Möglichkeit, sich mit anderen Interessierten auszutauschen. Mit der Initiative eKath ergänzt das Heinrich Pesch Haus sein Weiterbildungsangebot konsequent durch online basierte Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten (z.B.: www.e-globalisierung.de). Die Basis bildet eine eigens für diese Zwecke entwickelte online-basierte Lernumgebung. Das Konzept der Internetplattform baut auf bisherige Erfahrungen und didaktisch-methodische Kompetenzen im Weiterbildungsbe reich auf und sucht andererseits den Veränderungen und aktuellen Herausforderungen am Weiterbildungsmarkt Rechnung zu tragen.

Für die wissenschaftlich fundierte Erstellung der Informationsbausteine

und die Beisteuerung von Informationen für das verwendete Grafik- und Bildmaterial konnten namhafte deutschsprachige Sozia lethikerinnen und Sozia lethiker gewonnen werden. Diese auf der Plattform bereitgestellten Inhalte und Materialien werden in den kommenden Wochen als Ringordner vorliegen. Neben den von den Autorinnen und Autoren verfassten Texten umfasst dieser die zugeordneten relevanten Quellentexte der katholischen Soziallehre, signifikante Literaturangaben, weiterführende Internetressourcen, veranschaulichende Grafiken sowie Aufgaben zur didaktisch-methodischen Erschlie-

ßung der Inhalte. Das eigens für den Online-Kurs erstellte Grafikmaterial wird aufbereitet und als einheitlicher Foliensatz in einem eigenen Ordner zusammengestellt. Beide Ordner können demnächst zu einem Preis im Set von 149 Euro erworben werden. Zurzeit plant die AKSB in Zusammenarbeit mit dem Heinrich Pesch Haus eine Ausweitung des Projektes auf weitere Zielgruppen in der Erwachsenenbildung. Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Projekts www.ekath.de. Informationen erteilt auch Katrin Zimmermann, zimmermann@hph-kirche.org.

ERZBISTUM PADERBORN

Stiftung für Bildung errichtet

Das Erzbistum Paderborn hat die Stiftung »Bildung ist Zukunft« errichtet. In einer Feierstunde in der Bildungsstätte Liborianum in Paderborn überreichte die Detmolder Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl die Stiftungsurkunde. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hermann Kues, hielt den Festvortrag zum Thema »Gesellschaft lebt vom engagierten Miteinander«.

In seiner Festrede machte der Parlamentarische Staatssekretär Hermann Kues deutlich, dass die Stiftung des Erzbistums Paderborn den Nerv der Zeit getroffen habe: »Ob wir den Wandel annehmen und gestalten, oder ob wir ihn über uns ergehen lassen, das hängt entscheidend von der Bildung ab«, sagte er. Weiter führte Kues aus, dass es in der Bildung nicht nur auf Qualifikation und Wissen ankomme, sondern ebenso auf das Musische, die Herzensbildung, auf Neugier, auf Charakterbildung, auf Wertebewusstsein und nicht zuletzt auf Religion.

»Die Kirchen haben mit ihren Bildungszentren und Akademien Zentren geschaffen, die immer noch beispielgebend sind für das, was unsere Gesellschaft braucht: Debatte, Kontroverse, Dialog – das alles bei Achtung der Meinung des anderen und getragen von der Suche nach der besten Lösung der strittigen Probleme«, stellte Kues heraus.

Die Stiftung hat ein Startkapital von rund drei Millionen Euro, mit dem die kirchliche Bildungsarbeit unterstützt werden soll. Gefördert werden sollen innovative Projekte, insbesondere bei Kooperation und Vernetzung mehrerer katholischer Bildungsträger. Weiterhin können Anschubfinanzierungen für innovative Maßnahmen geleistet werden.

Außerdem wird die Stiftung eigene Maßnahmen wie Fachtagungen, Kongresse oder Vergabe von Innovationspreisen durchführen.

von Personen

Dr. Ralph Bergold, Leiter des Katholischen Sozialinstituts (KSI) in Bad Honnef, ist jetzt auch als außerplanmäßiger Professor für Religionspädagogik an der Universität Bamberg tätig. Bergold war zuvor Geschäftsführer der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) und gehört der Redaktion der Zeitschrift Erwachsenenbildung an.

Dr. Rainer Dvorak hat zum 1. September 2009 die Leitung der Katholischen Akademie Domschule Würzburg in Nachfolge von **Dr. Jürgen Thomassen** übernommen.

Dr. Hans-Hermann Henrix, von 1988 bis 2005 Direktor der Bischoflichen Akademie Aachen, ist von der Universität Salzburg der Titel eines Honorarprofessors verliehen worden.

Dr. Volker Otto, langjähriger Direktor des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) und in verschiedenen Funktionen als Theoretiker, Organisator und Experte für die Erwachsenenbildung tätig, ist im März 2009 verstorben.

Die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) hat auf ihrer Mitgliederversammlung 2009 neue Vorstandsmitglieder gewählt: Die langjährigen Vorsitzenden **Christina Wohlfahrt** und **Hans-Gerhard Klatt** wurden durch **Heike Wilsdorf** und **Wilhelm Niedernolte** abgelöst. Neu im Vorstand ist ferner **Dietmar Freiherr von Blittersdorff**.

Kurt Koddenberg (Foto li.) ist auf der Mitgliederversammlung in der Akademie Klausenhof zum neuen Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft für Kath. Erwachsenen- und Familienbildung in Nordrhein-Westfalen (LAG KEFB) gewählt worden. Er löst **Dr. Heinz-Jörg Eckhold** ab.



eUroPA

Demokratie für Europa

Neben dem InfoNet-Netzwerk für die Fachöffentlichkeit der Erwachsenenbildung gibt es weitere europäische Netzwerke der Bildungsarbeit, so DARE, das die Aufgabe hat, der Demokratie- und Menschenrechtsbildung in Europa eine Stimme zu geben. Diese Stimme war im Frühjahr 2009 vor dem Ausschuss für Kultur und Bildung des Europaparlaments zu hören, wohin DARE zu einer Anhörung (exchange of views) geladen war. Frank Elbers von der niederländischen Mitgliedsorganisation HREA machte die Parlamentarier mit den Aufgaben des Netzwerks und seiner Mitgliedsorganisationen bekannt. Praktische Beispiele – auch aus dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) als Mitgründer und Hauptmotor des Netzwerks – verdeutlichten die Arbeit der Organisationen. In Form von vier Empfehlungen erläuterte Elbers im Anschluss, wie sich DARE eine Verbesserung des europapolitischen Rahmens für die Demokratie- und

Menschenrechtsbildung vorstellt. Die Reaktionen der anwesenden 60 Europaabgeordneten und Vertreter/innen anderer europäischer Gremien waren positiv und ermutigend. Ausgesprochen offen zeigten sich mehrere Abgeordnete – insbesondere für den Vorschlag, entsprechende Forschungsvorhaben zu unterstützen. Doris Pack (EVP), die das Hearing für DARE mitinitiiert hatte, bestärkte die Netzwerk-Vertreter darin, die Kontakte mit den Europapolitikern und -politikerinnen zu intensivieren. Der AdB wertete das Hearing als großen Erfolg, es bestätigte den Verband in seiner Überzeugung, dass politische Erwachsenenbildung auf europäischer Ebene vor allem im Rahmen eines europäischen Zusammenschlusses Gehör finden wird. Weitere Informationen zu DARE und zu dem Hearing des Europaparlaments unter: www.dare-network.eu. Pressekontakt: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, E-Mail: info@adb.de.

Europe-Direct Zentren nehmen Arbeit auf

(**InfoNet** – Michael Sommer) Um Europa mehr auf lokaler Ebene sichtbar zu machen hat die Europäische Union das Netzwerk der »Europe-Direct« Zentren erweitert. Diese Zentren sollen alle Fragen rund um die EU schnell und unkompliziert beantworten und außerdem durch Events und Aktionen auf das Thema Europa aufmerksam machen. Nach der Ausschreibung für die Periode 2009–2012 mit einem Finanzvolumen von 11,4 Mio. Euro haben jetzt 500 Informationszentren ihre Arbeit aufgenommen. Rund ein Viertel dieser Büros ist bei Bildungseinrichtungen angesiedelt, die Mehrheit bei regionalen Verwaltungen. Deutschland hat mit 59 die meisten Zentren, gefolgt von Frankreich (56) und Spanien (48).

Die Statistik für 2008 zeigt, dass die Italiener am häufigsten den Kontakt zu den Zentren suchen (280.000 Anfragen insgesamt), während in anderen, vergleichbaren Ländern wie etwa Spanien das Angebot kaum genutzt wird. Neben allgemeinen Fragen zur EU ist eines der wichtigsten Themen für die Bürger vor Ort die Weiterbildung, vor allem Fragen nach Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten im europäischen Ausland. Zum Angebotsspektrum der Zentren gehören auch Studienfahrten zum Europäischen Parlament nach Brüssel oder Straßburg. Die Mitarbeiter der Büros erhalten regelmäßige Schulungen und werden zu einem jährlichen Meeting nach Brüssel eingeladen.